

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Telephon: Amt Königstadt, Nr. 1074.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm's, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Konventionsterrorismus in der Textilindustrie. — Eine bedeutsame Kundgebung. — Den Abtrünnigen zu Aus und Frommen. — Gewerbliche Rechtsprechung. — Soziale Rechtsprechung. — Rohstofffragen der Textilindustrie. — Volkswohlfahrt. — Kriegswirtschaft. — Betriebsgewinne der Textil-Alliengeellschaften. — Handelsfragen der Textilindustrie. — Verkehrsfragen. — Vermischtes. — Kriegsnotizen. — Berichte aus Fachkreisen. — Verbandsanzeigen. — Privatanzeigen.

Konventionsterrorismus in der Textilindustrie.

Unter der Ueberschrift: „Konventionsterrorismus“ bringt die Handelszeitung des „Berliner Tageblattes“ in Nr. 508 folgende Mitteilung:

Der Verband der Seidenstofffabrikanten Deutschlands hat an die Abnehmerkreise ein Rundschreiben verfaßt, in dem es u. a. heißt:

„1. Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß mit dem 1. Oktober dieses Jahres das Gesetz über den Warenumsatzstempel in Kraft tritt. Zur Deutung der unseren Mitgliedern durch dieses Gesetz entstehenden Unkosten werden unsere Mitglieder fernerhin alle Rechnungen im Betrage von 100 Mk. und darüber ab 1. Oktober 1916 mit einem Aufschlag von 1 pro Mille ausstellen. Bei Rechnungen unter 100 Mk. wird ein Betrag von 5 Pf. in Ansatz gebracht.“

Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend den gesetzlichen Vorschriften auch für Rechnungen von Lieferungen, die gegen Geschäfte erfolgen, welche vor dem 1. Oktober 1916 getätigt sind.“

2. Die gegenwärtigen Verhältnisse haben unsere Mitglieder veranlaßt, künftighin alle Abschlüsse in Verbandsartikeln nur mit folgendem Kriegsvorbehalt zu tätigen:

Kriegsvorbehalt.

Falls eine Behinderung oder Erschwerung in der Herstellung oder Ablieferung der Ware eintreten sollte, habe ich (haben wir) das Recht, von der übernommenen Lieferungsverpflichtung zurückzutreten.

Dieses gilt auch für den Fall, daß von mir (uns) gekaufte Rohmaterialien, die für die Herstellung der Ihnen laut Auftragsbestätigung verkauften Waren verwendbar sind, mir (uns) nicht oder nicht rechtzeitig oder nur teilweise geliefert, daß mir (uns) solche beschlagnahmt werden, oder daß mir (uns) in anderer Weise die freie Verfügung über dieselben entzogen wird.

Sollte bei Beanstandung von Waren wegen nicht vertragsmäßiger Beschaffenheit keine Verständigung zwischen Ihnen und mir (uns) erzielt werden, so haben Sie, falls die Beanstandung begründet ist, nicht das Recht, Ersatzlieferung oder Schadenersatz zu verlangen.

Als Ware von vertragsmäßiger Beschaffenheit gilt diejenige, welche in ihrer Beschaffenheit der durch die Kriegsverhältnisse verminderten Leistungsfähigkeit meines (unseres) eigenen Betriebes und der Betriebe der Farb- und Ausrüstungsanstalten entspricht.

Werden die Farb- und Ausrüstungspreise über deren heutigen Stand hinaus erhöht, so sind Sie verpflichtet, den Betrag meiner (unserer) Mehrauslage zu vergüten, jedoch darf dieser Betrag nicht mehr als 10 Proz. der Kaufsumme der von der Erhöhung betroffenen Ware ausmachen.“

Hierzu bemerkt das genannte Blatt:

„Was zunächst die Abwälzung des Umsatzstempels anbetrifft, so läßt zwar der Artikel V des Gesetzes die Annahme zu, daß der Gesetzgeber den Warenverkäufern, die die Steuer von ihren Abnehmern getragen sehen möchten, hierzu eine Handhabe bieten wollte; die Entziehung des Gesetzes aber, das ursprünglich einen Nutzungstempel bringen sollte, weist mit Deutlichkeit darauf hin, daß der Gesetzgeber in erster Reihe an eine Belastung des Warenverkäufers gedacht hat. Daß nun der Verband ein für allemal die Abwälzung gewissermaßen als etwas Selbstverständliches dekretiert, dürfte ein etwas sehr weit gehender Terrorismus sein.“

Bedenklicher noch als die Abwälzung des Warenumsatzstempels erscheint das, was in dem Rundschreiben unter „Kriegsvorbehalt“ gesagt ist. Schon die erste Bestimmung, daß eine Behinderung oder Erschwerung in der Herstellung oder Ablieferung der Ware dem Lieferanten das Recht des Rücktritts gibt, kommt einer Rechtslosigkeit des Käufers im Kriegsfall nahe. Eine „Erschwerung“ in der Herstellung wird mehr oder weniger jeder Krieg mit sich bringen, die Bedingung ist also in Wahrheit ein unbedingtes Rücktrittsrecht im Kriegsfall. Das gleiche gilt von dem Rücktrittsrecht infolge auch nur teilweiser Nichtlieferung der Rohmaterialien. Lediglich ein kleiner Teil der Rohmaterialien braucht dem Lieferanten zu entgehen, und schon ist er berechtigt, seine sämtlichen Verträge aufzulösen. Daß auch dem Käufer ein entsprechendes Recht im Falle eines Krieges zustehe, davon ist in dem Kriegsvorbehalt nirgends die Rede; der Verkäufer hat mithin die Möglichkeit, je nach Lage der

Konjunktur Erfüllung zu verlangen oder vom Vertrage zurückzutreten und vorteilhaftere neue Verträge abzuschließen. Auch die weiteren Bestimmungen des Kriegsvorbehalts vermindern in ungebührlicher Weise die Rechte des Käufers. Wenn als Ware von vertragsmäßiger Beschaffenheit die gilt, die der durch „die Kriegsverhältnisse verminderten Leistungsfähigkeit des eigenen Betriebes des Lieferanten entspricht,“ so kann der letztere, ohne sich etwa zu bemühen, die Produktionschwierigkeiten, in die er durch den Krieg gekommen ist, anderweit auszugleichen, geringwertige Ware liefern und trotzdem den vereinbarten Preis verlangen. Falls es aber, was ganz außerordentlich schwierig sein dürfte, dem Käufer gelingt, den Nachweis einer noch geringeren Beschaffenheit, als sie der durch die Kriegsverhältnisse verminderten Leistungsfähigkeit entspricht, zu erbringen, ist für den Lieferanten ebenfalls gesorgt: er braucht höchstens einen Nachlaß im Preise zu gewähren. Ersatzlieferungen oder Schadenersatzansprüche, welche letztere gerade für den Käufer bei vertragswidriger Lieferung von größter Wichtigkeit sind, drohen dem Lieferanten durch die entsprechende Klausel seines Vertrages nicht. Alles in allem enthält der Kriegsvorbehalt mithin eine Entrechtung der Käufer.“

Was die Steuerabwälzung anbetrifft, so ist das vorstehend gegebene Beispiel zwar recht interessant dafür, wie es gemacht wird, um die Steuer schließlich dem Konsumenten aufzuladen, neu ist das aber nicht, sondern es ist lange geübte Praxis und nur eine Bestätigung mehr für die Richtigkeit der sozialdemokratischen Steuerpolitik, die solche Steuern, die wie Verbrauchssteuern wirken, ablehnt und dafür direkte, nach der Größe des Einkommens oder Vermögens bemessene Steuern fordert. Denn wie die Seidenstofffabrikanten den Umsatzstempel ihren Warenabnehmern aufladen, so laden auch diese denselben ihren Käufern der Ware auf. Der Konsument lediglich, der nicht abwählen kann, der ist immer der Leid-, bzw. Steuertragende.

Nun aber noch zu etwas anderem, zu etwas, was lehrreich ist für die Arbeiter. Das obige Rundschreiben des Verbandes der Seidenstofffabrikanten Deutschlands läßt an rücksichtsloser Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig. Es dekretiert einfach den Willen der Seidenstofffabrikanten. Warum kann das geschehen? Warum pfeifen nicht die Warenabnehmer auf dieses Rundschreiben, sondern schimpfen nur über Konventionsterrorismus? Nun, einfach deshalb, weil die Seidenstofffabrikanten sämtlich im Verband der Seidenstofffabrikanten Deutschlands vereinigt sind. Eine solche, alle Berufsgenossen umfassende Organisation hat die Konkurrenz der Lohn- oder Preissdrücker beseitigt und kann nun ohne besondere Anstrengungen denen, die von ihr abhängig sind, ihren Willen aufzwingen. Und das vorstehend gegebene Beispiel der Willensaufzwingung zeigt, daß unsere Textilunternehmer in der rücksichtslosen Wahrnehmung ihrer Interessen nicht zimperlich sind. Denn die Dekretierung der Bestimmung in dem Kriegsvorbehalt, wonach der bei einem Kaufvertrag in Frage kommende andere Vertragsschließende auch dann kein Recht hat, Ersatzlieferung oder Schadenersatz zu verlangen, wenn die Beanstandung der abgelieferten Ware begründet ist, hebt das bürgerliche Recht vollständig auf und zwingt den Kaufmann privatrechtlich zum rechtlosen Seloten. Aus dem Kommentar, den das „Berliner Tageblatt“ dem Dekret anhängt, geht ja auch klipp und klar hervor, daß durch diesen Kriegsvorbehalt Treu und Glauben völlig beseitigt wird.

Das ist ein sehr lehrreicher Anschauungsunterricht, den da ein Teil der deutschen Textilunternehmer den deutschen Textilarbeitern erteilt. Schaffen die deutschen Textilarbeiter, branchenweise gegliedert, auch solche Organisationen, wie sie die Textilunternehmer geschaffen haben, so werden sie den Abnehmern ihrer Ware Arbeitskraft gegenüber denselben Effekt erzielen, wie ihn die Unternehmer ihren Warenabnehmern gegenüber erzielen. Und die Unternehmer werden dann nicht kommen und über Terrorismus heulen können. Das moralische Recht dazu haben sie vermisst. Es genügt, ihnen den Wortlaut ihres Kriegsvorbehalts vorzuhalten, um sie zum Schweigen zu bringen.

Wögen sich die Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen den Organisationsleiter und die Taktik der Textilunternehmer zum Vorbild nehmen, dann werden sie auch bald freie Bahn für bessere wirtschaftliche Zustände schaffen.

Eine bedeutsame Kundgebung.

Wir wählen dieselbe Ueberschrift, wie ihn der Leitartikel trägt, den die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ in ihrer Nr. 41 bringt, und den wir nachstehend den Arbeitern zu einem erheblichen Teile zur Kenntnis bringen, weil er, wie selten eine Kundgebung aus dem Unter-

nehmerlager, geeignet ist, die Arbeiter vor der Leichtgläubigkeit zu warnen, daß etwa nach dem Kriege wirtschaftsfriedliche, die Arbeiter zufriedenstellende Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen werden. Wir haben ja schon mehrfach nicht nur bestritten, sondern an den zu erwartenden Ereignissen auch bewiesen, daß für die Arbeiter nach Beendigung des Krieges keineswegs eine gute Wirtschaftsperiode einsetzen wird. Aber es ist ja leider in der Regel so, daß die Arbeiter den Stimmen aus ihren Reihen oft nicht die Wichtigkeit beimessen, die sie verdienen. Es ist daher nötig, auch ab und zu einmal in den Spiegel zu blicken, der die Bilder zurückwirft, welche die Unternehmer sehen. Die Arbeiter sehen dann, daß das, was ihnen von ihren eigenen Klassengenossen gesagt wurde, der Wirklichkeit entspricht, so daß man hoffen kann, daß sie nun doch über ihre Zukunft nachdenken, bzw. dafür Sorge tragen, daß sie den kommenden Ereignissen gerüstet gegenüberstehen.

Bei dieser „bedeutsamen Kundgebung“, von der die „Arbeitgeber-Zeitung“ berichtet, handelt es sich um eine Kundgebung des Unternehmervereins der Braunkohlenindustrie, an die dann die Redaktion des Unternehmerblattes längere allgemeine Betrachtungen anknüpft.

Nachdem der Braunkohlenverein, wie sich der Unternehmerverband der Braunkohlenindustrie nennt, die geradezu ungläubliche Behauptung aufgestellt hat, die Behauptung von den Riesenkriegsgewinnen der Industrie entbehren zumeist jeder tatsächlichen Grundlage, beginnt er die Gewerkschaften schwarzer Pläne zu zeichnen.

Wir lesen folgendes:

„In Arbeiterkreisen blickt man mit einer gewissen Besorgnis auf die überreiche Anerkennung des vaterländischen Verhaltens der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen und ihrer Führer im Kriege, die ihnen von fast allen bürgerlichen Parteien und im besonderen auch von Vertretern der Staats- und Reichsregierung bekundet worden ist. Die Befürchtung ist nicht unbegründet, daß dadurch das Kraftbewußtsein der gewerkschaftlichen Arbeiterverbände außerordentlich erstarken wird, und bereits liegen Erfahrungen dafür vor, daß dieses Kraftbewußtsein zu immer maßloseren Wünschen der Organisation auf sozialpolitischem Gebiet und damit zu einer starken Beunruhigung unseres wirtschaftlichen Lebens führen wird. Als sicher kann man wohl annehmen, daß die vom Bundesrat und Reichstag im Frühjahr 1916 angenommene Novelle zum Reichsvereinsgesetz zur Erstarkung der Gewerkschaften beitragen wird.“

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ bemerkt hierzu:

„Es ist richtig, daß die Befürchtungen, von denen der Bericht spricht, zum Teil bereits in Erfüllung gegangen sind, das Auftreten der Gewerkschaften beweist, daß sie durchaus gewillt sind, aus der für sie günstigen Sachlage ein möglichst reiches Kapital zu schlagen. Nicht allein auf politischem Gebiet soll die „Reorientierung“ fast ausschließlich unter dem Gesichtswinkel gewerkschaftlicher Interessen erfolgen, nein, vor allem soll das gewerbliche Leben vollständig unter die Aufsicht der Gewerkschaftsführer gestellt werden! Was der Bericht vom Reichsvereinsgesetz, von dieser ersten politischen „Abschlagszahlung“ auf das Konto der Gewerkschaften sagt, trifft durchaus ins Schwarze. Wie beim Lehrlingswesen überhaupt, so wollen auch die Gewerkschaften durch die Umgestaltung des Vereinswesens einen maßgebenden Einfluß schon auf die Jugend gewinnen, die Koalitionsfreiheit soll in einen Koalitionszwang für eine bestimmte Gruppe der Gewerkschaften — in erster Linie kommen die freien Gewerkschaften in Betracht — umgewandelt werden. Man wird nicht verkennen dürfen, daß die Vertreter der Arbeiterorganisationen vielfach eine sehr geschickte Politik betreiben, eine Politik, die ihnen freilich durch das ganz außerordentliche Entgegenkommen der Regierung sehr erleichtert wird.“

Auch zur Arbeitsnachfragefrage hat der Bericht des Braunkohlenvereins Stellung genommen; natürlich nicht im wirtschaftsfriedlichen Sinne. Doch die Hauptsache ist der folgende Schluß der Kundgebung:

„Nach allem ist nach dem Kriege mit schwierigen Arbeiterverhältnissen zu rechnen; nicht wirtschaftsfriedlichen Zeiten, sondern Zeiten lebhafter Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen gehen wir entgegen, denn trotz aller Anerkennung der Verdienste und des vaterländischen Verhaltens der Arbeiter in Deutschlands schwereren Zeiten wird es notwendig sein, den vielfach so falsch beurteilten „Herrn-im-Squise-Standpunkt“ zu ver-

teidigen. Unter diesen Umständen lag es nahe, daß man in Regierungs- und Arbeitgeberkreisen dem Gedanken der Förderung der nationalen Arbeiterbewegung, die sich vor Ausbruch des Krieges ja schon in erfreulicher Entwicklung befand, näher getreten ist. Darf man sich doch von einer Erstarkung dieser Organisationen zum mindesten eine Abschwächung der auf parteipolitischen Gegenjahren beruhenden künftigen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern versprechen.“

Hier wird gesagt, daß man in Regierungskreisen dem Gedanken der Förderung der nationalen, also der gelben Arbeiterbewegung, näher getreten sei, und zwar, wie gesagt wird, um den „Herrn-im-Hause-Standpunkt“ zu verteidigen.

Damit wäre nun die Skala aus dem Sad und die Arbeiter bekommen hier von den Unternehmern angeklagt, daß nach dem Kriege die alte Arbeiterfeindliche Politik ihre weiteren Triumphe feiern soll. Mit brutaler Offenheit wird gesagt, die gelben Organisationen sollen gefördert werden, um bei den künftigen Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Arbeitern die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen abzuschwächen.

Und was für die Arbeiter auf dem Spiele steht, das jagt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ mit erfreulicher Offenheit. Sie schreibt:

Gewiß, mit schwierigen Arbeiterverhältnissen werden wir zu rechnen haben! In dieser oder jener Form wird doch der Krieg mit den Waffen zunächst durch den Handelskrieg abgelöst werden, und wenn wir auch mit wohlbegründeter Zuversicht darauf rechnen dürfen, daß wir auch aus diesem Kampf siegreich hervorgehen werden, so kann doch kein Praktiker darüber im Zweifel sein, daß ein solcher Erfolg nur unter Aufbietung aller Kräfte zu erreichen sein wird. Wir werden gut und billig produzieren müssen, wenn wir die frühere Stellung auf dem Weltmarkt und noch ein Stückchen darüber hinaus erobern wollen. Wir werden manchen Widerstand, manche Feindschaft zu überwinden haben, und hartnäckig wird sich uns mancher Wettbewerb, der während des Krieges auf unsere Kosten erstarkt ist, entgegenstellen. Andererseits darf man sich nicht verhehlen, daß auch in der Heimat mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden sein werden. Die Steuerlast wird sich mehren, und wieder werden es die industriellen Kreise sein, deren breiter Rücken letzten Endes, so oder so, das Hauptgewicht zu tragen bekommt. Die Löhne sind während des Krieges stark emporgeschossen, und alle Erfahrung zeigt, daß Lohnsteigerungen gewöhnlich sehr schnell vonstatten gehen, während Lohnherabsetzungen, so notwendig sie auch sein mögen, immer auf starken Widerstand stoßen und meistens heftige Kämpfe hervorrufen. Daß die politische Lage einweilen keineswegs ein solches Aussehen zeigt, wie es den berechtigten Interessen des Unternehmertums entspricht, das hat der vorliegende Bericht schon selbst betont, und es ließe sich hierüber noch manches andere ernsthafte Wortlein sagen. Es ist sehr angebracht, daß hier einmal ohne alle sentimentale Rücksicht (die Sentimentalität sollten wir ja wohl verlernt haben!) wieder das kraftvolle und treffende Wort von dem „Herrn-im-Hause-Standpunkt“ zur Parole erhoben worden ist. Soll die Industrie das leisten, was von ihr verlangt wird, was von ihr zukünftig in noch viel höherem Grade verlangt werden wird, so muß ihr unter allen Umständen eine starke Selbstständigkeit und Bewegungsfreiheit gewährleistet bleiben. Diese Forderung gilt ebenso für das handelspolitische wie für das sozialpolitische Gebiet. Bindet man dem Unternehmertum die Hände, indem man es entweder durch übertriebene staatssozialistische Maßnahmen der freien Initiative beraubt, oder indem man es aus politischen Rücksichten der Willkür gewerkschaftlicher Ansprüche ausliefert, so wird man sich nicht wundern müssen, wenn über kurz oder lang die Quelle versiegt, aus der Deutschland an erster Stelle seinen Wohlstand und die Mittel zu seiner so bewundernswerten Widerstandsfähigkeit geschöpft hat.

In vollem Umfang wird man auch den Bemerkungen beipflichten, welche dieser Industriebericht im Hinblick auf die Förderung der nationalen Arbeiterbewegung gemacht hat. Wenn freilich davon die Rede ist, daß auch in Regierungskreisen dem Gedanken einer solchen Förderung gehuldigt wird, so wird man leider einige Momente anzuführen haben, die einer solchen gewiß sehr wünschenswerten Auffassung noch entgegenstehen. Hoffentlich aber hat hier der Bericht den Ereignissen nur vorgegriffen, und auch die Regierung befinnt sich recht bald darauf, daß sie nichts Besseres tun kann, als diese, im nationalen und wirtschaftlichen Interesse gleich erfreuliche Bewegung auf der ganzen Linie zu unterstützen.

Also Führung des Handelskrieges mit guten und billigen Produkten, was gleichbedeutend ist mit dem Ausschichten des Konkurrenzkampfes auf Kosten der Arbeiter. Die in der Kriegszeit gestiegenen Löhne müssen herabgesetzt werden. Sentimentalität, die wir nur gegenüber Deutschlands Feinden verlernt haben sollten, soll beim Unternehmertum nun auch verlernt sein, gegenüber den eigenen Volksgenossen, soweit sie Arbeiter sind. Geheiligt ist wiederum der „Herr-im-Hause-Standpunkt“ als die Parole der Zukunft, um das Profitinteresse des Kapitals zu fördern. Man beginnt sich nun also zu demaskieren. Uns übertrifft man damit nicht. Wir waren uns nie im Zweifel darüber, daß der Bericht gemacht werden würde, nach dem Kriege wiederum den Arbeiter zum Lohnsklaven zu machen, der über die Art, wie er ausgebeutet wird, nicht mitreden soll.

Arbeiter! Ihr seid gewarnt! Sorgt dafür, daß die Postel des „Herrn-im-Hause-Standpunktes“ bei Euch auf Granit beißen!

Den Abtrünnigen zu Nutz und Frommen.

Als im zweiten Halbjahr des Jahres 1908 unser Verband dazu übergang, die Arbeitslosenunterstützung für seine Mitglieder einzuführen, da erklärten manche Mitglieder sich damit nicht einverstanden. Ja, die Mitgliedschaft wurde hier und da

aufgegeben aus purer Opposition gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Wir wollen gerne annehmen, daß unser Denken, die damals dem Verbanne den Rücken fehrten, mancher war, der es aus wirklicher Gegnerschaft zur Arbeitslosenunterstützung tat. Wie es ja überhaupt Mitglieder gibt, die dem Unterstützungsweesen der gewerkschaftlichen Verbände abhold sind. Dies vorausgeschickt, dürfen wir aber auch nicht verkennen, daß unter den angeblichen Gegnern des Unterstützungssystems manche sich befanden und noch befinden, die eigentlich deshalb dem Verband untreu wurden, weil mit dem Ausbau des Unterstützungsweesens und der Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine Beitragserhöhung verbunden war. Bekanntlich wurde bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung der Mitgliedsbeitrag pro Woche um 10 Pf. gesteigert. Letzteres ist unbefritten manchmal der Anlaß zum Austritt aus dem Verband gewesen. Als Grund des Austritts gab man die Einführung der Arbeitslosenunterstützung an, in Wirklichkeit aber war die geringe Beitragserhöhung Ursache der Mißstimmung und des Austritts. Nichtsdestoweniger kann man sich auch heute noch sehr wohl Mitglieder denken, die nicht sonderlich von verschiedenen Unterstützungsrichtungen auch unseres Verbandes erbaut sind. Aber da heißt es nicht mißgestimmt sein deswegen, sondern erkennen, daß Organisationen von vielen Tausenden Mitgliedern nicht unbedingt jedem in allem Rechnung tragen können. Die Unterstützungsrichtungen der gewerkschaftlichen Organisationen sind nicht Selbstzweck und wollen es auch nie sein; sie sind nur als Nebenzweck aufzufassen. Daher sehen sich auch jene Mitglieder sehr stark selbst ins Unrecht, die da glauben, die gewerkschaftliche Organisation als eine ewige Unterstützungsmaschinerie ausnützen zu können. Gewiß ist, daß mit den Mitteln, die seit Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Oktober 1908 vom Verband für arbeitslose Mitglieder aufgewandt wurden, recht viel Gutes geleistet worden ist. Das sollten auch die Gegner der Unterstützung nie verkennen. Die Summen, die in den Jahren 1908 bis 1915 vom Verband an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zur Auszahlung gelangten, betragen:

Für Arbeitslosenunterstützung . . .	1 970 185,60 Mk.
„ Krankenunterstützung . . .	2 268 222,75 „
Zusammen . . .	4 238 358,35 Mk.

Weit über vier Millionen! Für eine Vereinigung von nur armen Textilarbeitern eine anerkennenswerte Leistung. Krankenunterstützung wird bekanntlich bei uns seit dem Jahre 1901 gezahlt. Wir stellten der Uebersicht halber nur die Zahlen seit 1908 (Einführungsjahr der Arbeitslosenunterstützung) zusammen. Das sind die beiden wesentlichsten Unterstützungsweige unseres Verbandes. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Krankenunterstützung seit Kriegsausbruch vorübergehend ganz, die Arbeitslosenunterstützung zuerst auf zwei Drittel und dann auf die Hälfte der festgelegten Sätze ermäßigt werden mußte. Hoffen wir, daß der unselige Krieg und mit ihm diese Zwangsmaßnahme bald ein Ende nimmt!

So wie aber damals (1908) Mitglieder wegen der Einführung der Arbeitslosenunterstützung unzufrieden waren und gar austraten, so machte sich nun eine große Unzufriedenheit bemerkbar — die nicht selten zu Austritten Veranlassung gab — weil vorübergehend die Unterstützungen beschnitten werden mußten. Dabei haben wir bis heute die wesentlichste Unterstützung, die der Arbeitslosen, noch keine einzige Woche ausgezahlt. Gewiß mußten die Bezüge gefügt werden. Es liegt uns aber auch daran, das Gebäude der Organisation, an dem seit mehr als 25 Jahren unter unendlichen Mühen und Beschwerden viele Tausende Berufskollegen und -kolleginnen gearbeitet haben, wodurch es zu dem, was es heute ist, ward, als eine Schutz- und Schirmstätte der Textilarbeiterchaft zu erhalten. Das erkannten alle diejenigen nicht an, die seit Kriegsausbruch Fahnenflucht begingen. Also: die einen traten aus dem Verband aus, weil Unterstützung gezahlt wurde; die anderen traten aus, weil, und noch obendrein für eine vorübergehende Zeit nur, die Unterstützung zum Teil aufgehoben wurde. Welch ein Gegensatz in den Anschauungen der Mitglieder! In vielen Hunderten besteht die Zahl der Mitglieder, die wir alljährlich verlieren, weil sie nicht ins Unendliche hinein unterstützt werden können. Sie wollen es durchaus nicht verstehen, daß alles irgendwo seine Grenzen haben muß. Wenn ihre Bezugsberechtigung, die nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Beitragsleistung verschieden ist, für den laufenden Zeitabschnitt ein Ende hat, erklären sie, kein Interesse mehr an dem Verbanne zu haben. Unsere Kassierer und Geschäftsführer kommen bei diesem traurigsten aller Kapitel in der Gewerkschaftsbewegung aus den berechtigten Klagen nicht heraus.

So hätten wir also schon dreierlei Anschauungen über diesen Gegenstand:

1. Mitglieder, die außer den eigentlichen Ausgaben für direkte Kampfeszwecke keine Unterstützungen wollen.
2. Mitglieder, die diese Unterstützungen wohl wollen, und
3. Mitglieder, die diese Unterstützungen eigentlich im mer haben wollen.

An diesem Beispiel mögen die Mitglieder im Allgemeinen, die jegigen, die früheren und auch die künftigen, erkennen, wie unrecht es ist, wenn jeder glaubt, seinen Kopf durchsetzen zu müssen und gegebenenfalls mit Austritt droht. Wir ist in der jahrelangen Praxis kein Fall bekanntgeworden, wo ein Mitglied auf die ihm laut Satzung zustehende Unterstützung, sei es Kranken- oder sei es Arbeitslosenunterstützung, aus grundsätzlicher Gegnerschaft verzichtet hat. Der große Mitgliederverlust aber, der den gewerkschaftlichen Verbänden aus den angeführten Anlässen zugefügt wird, ist ein Krebschaden nicht nur für die Organisationen als solche selbst, sondern auch für die guten, ideellen Bestrebungen derselben. Mehr Allgemeinverständnis für die Gesamtlage tut uns da not und etwas weniger stark ausgeprägte Selbstsucht. Unsere Schwäche, das heißt die Schwäche der Arbeiterschaft im Allgemeinen, besteht nicht darin, daß unsere Organisationen diese oder jene Unterstützungen haben oder auch nicht haben, sondern sie ist eben zu suchen in dem großen Mangel an Zusammengehörigkeitsgefühl, in dem Mangel an Standes- und Klassenbewußtsein. Können wir die Wiederkehr der einmal gewonnenen Mitglieder bannen, dann ist der Weg zur Macht gefunden, die wir Arbeiter brauchen, um uns Achtung und Ansehen zu verschaffen. Daß wir diese Macht heute noch nicht besitzen, daran tragen jene Kleinmütigen die Schuld, die sich aus geringen Anlässen von den Organisationen abwenden. Macht brauchen wir Arbeiter nach dem Kriege gewiß mehr denn je, wollen wir nicht völlig unter den Hammer kommen. Und wer so lange, wie wir, Amboß war, hat, meine ich, das Recht,

auch mal Hammer zu sein. Folgende Worte des Bodenreformers Adolf Lamschke sollte jeder Arbeiter beherzigen: „Was nicht organisiert ist, ist im öffentlichen Leben so gut wie nicht vorhanden. Die billige Sympathie, die sich begnügt mit einem Beifall in einer Versammlung und allgemeiner Gefühlsaufwallung, ist, staatsbürgerlich betrachtet, außerordentlich wenig wert. Das Wort eines Vortrages verhallt, das Wort einer Schrift wird übertönt von tausend neuen Eindrücken des Alltags — nur der fest organisierte, der sich als lebendiges Glied eines kämpfenden Ganzen fühlt, wird zuletzt fähig, wirklich zu helfen! Doch was bedarf es der Worte! Wenn die große Zeit, in der wir leben, überhaupt eine Lehre deutlich gemacht hat, so ist es die von dem entscheidenden Werte fester, planvoller Organisation.“

Keht zurück zur Organisation, die ihr früher oder auch während des Krieges noch die Fahne der Organisation verlassend habt. Ihr seid Arbeiter, und als solche gehört ihr mit Gleichgesinnten zusammen. Selbst unsere, helfst eure eigene Macht stärken, damit wir für kommende große Ereignisse gewappnet dastehen. Wir bitten euch nicht darum, wir betteln euch nicht an deswegen, wir erwarten nur Pflichterfüllung von euch. Die Gründe, aus denen so viele Tausende sich an ihren heiligsten Aufgaben der Pflichterfüllung ihres Standes vorbeidrücken, sind so mancherlei Art. Nicht nur die oben gezeichneten Anschauungen für oder gegen Unterstützungsrichtungen und was alles da an Kleinigkeiten drum und dranhängt sind es allein. Aufgabe dieser Arbeit sollte nur sein, das einmal als ganz besonderen „Grund“ herauszugreifen und zu widerlegen. R u h n e n.

Gewerbliche Rechtsprechung.

Wann ist der Anschlag rechtsverbindlich?

Am 5. August 1916 hat eine Firma in M.-Glöblich durch Anschlag in ihrer Weberei bekanntgegeben, daß Weber, die neue Spulen holen, ohne die alten aufgewebt zu haben, ohne weiteres entlassen werden. Ein Weber, der am 9. August neue Spulen holte, obwohl er die alten Spulen nicht verwebt hatte, wurde auf Grund dieser Bestimmung sofort entlassen und blieb anderthalb Wochen arbeitslos. Der Mann hielt die Entlassung für ungerechtfertigt, weil die Gründe, aus denen die Entlassung aus der Arbeit ohne Aufkündigung erfolgen darf, in der Arbeitsordnung angegeben sein müßten. Die Bekanntmachung der Firma vom 5. August sei aber nicht als gültiger Nachtrag zur Arbeitsordnung anzusehen.

Das Gewerbegericht M.-Glöblich hat die Firma zur Auszahlung des Lohnes verurteilt und zur Rechtfertigung folgendes ausgesprochen:

„Nach § 134b Ziffer 3 der Gewerbeordnung muß die Arbeitsordnung, falls es nicht bei den gesetzlichen Bestimmungen sein Bemenden haben soll, Bestimmungen enthalten über die Gründe, aus welchen Entlassung und Austritt aus der Arbeit ohne Aufkündigung erfolgen darf. Änderungen des Inhalts einer Arbeitsordnung können nach § 134a, Absatz 3 nur durch den Erlaß von Nachträgen oder in der Weise erfolgen, daß an Stelle der bestehenden eine neue Arbeitsordnung erlassen wird. Vor dem Erlaß der Arbeitsordnung oder eines Nachtrages sind die Arbeiter zu hören. (§ 134b der Gewerbeordnung.) Der Nachtrag ist drei Tage nach dem Erlaß unter Mitteilung der von den Arbeitern erhobenen Bedenken bei der Behörde einzureichen. (§ 134 der Gewerbeordnung.) Die gesetzlichen Erfordernisse über Änderung der Arbeitsordnung hat die Beklagte nicht erfüllt. Sie vertritt den Standpunkt, daß es sich nicht um einen Nachtrag zur Arbeitsordnung handle, sondern daß sie einseitig beliebige Anordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Betriebe treffen und diese durch Anschlag ihren Arbeitern bekanntmachen könne. Eine Bestimmung, welche die Arbeitsordnung enthalten muß — als solche ist die Anordnung der Beklagten anzusehen — kann aber nach den angeführten Vorschriften der Gewerbeordnung nicht einseitig durch eine vom Arbeitgeber erlassene Bekanntmachung festgelegt werden. Die von der Beklagten erlassene Bekanntmachung war mithin für die Arbeiter nicht verbindlich. Selbst dann, wenn man die von der Beklagten erlassene Bekanntmachung als einen Nachtrag zur Arbeitsordnung ansehen würde, wäre dieselbe ungültig gewesen, weil die Bekanntmachung am Tage der Entlassung des Klägers noch keine 14 Tage ausgegangen hatte und der Behörde noch nicht eingereicht war. Da der angegebene Entlassungsgrund auch nicht unter die in der Gewerbeordnung vorgesehenen Gründe fällt, welche zur sofortigen Entlassung berechtigen, so war die Entlassung des Klägers ohne Aufkündigung nicht zulässig. Nach der Arbeitsordnung stand dem Kläger eine 14tägige Kündigungszeit zu. Beklagte war darum zum Erlaß des dem Kläger infolge der kündigunglosen Entlassung entstandenen Schadens, dessen Höhe nicht bestritten ist, zu verurteilen.“

Soziale Rechtsprechung.

Wöchnerinnen, deren Ehemänner bei Kriegsausbruch noch aktiver Dienten, haben Anspruch auf die Kriegswochenhilfe.

Es kommt immer wieder vor, daß Frauen, deren Männer bei Ausbruch des Krieges noch aktiv dienten, aber später Kriegstranung vornahmen, mit dem Anspruch auf Kriegswochenhilfe abgewiesen werden, weil § 1 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 dem entgegenstehen soll. Der § 1 lautet:

„Wöchnerinnen wird während der Dauer des gegenwärtigen Krieges aus Mitteln des Reichs eine Wochenhilfe gewährt, wenn ihre Ehemänner

1. in diesem Kriege dem Reiche Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste leisten oder an deren Weiterleistung oder an der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit durch den Tod, Verwundung, Erkrankung oder Gefangennahme verhindert sind und
2. vor Eintritt in diese Dienste auf Grund der Reichsversicherungsgesetzgebung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen gegen Krankheit versichert waren.“

Die Krankenkassen verneinten die Kriegswochenhilfe für die Wöchnerinnen, deren Ehemänner bei Ausbruch des Krieges aktiv dienten, deshalb, weil die 26 Wochen resp.

6 Wochen Kassenmitgliederschaft in die 12 Monate vor Eintritt in diese Dienste fallen müssigen. Unter „diese Dienste“ verstand man nur Kriegsdienste. Das Reichsamt des Innern hat dagegen am 9. März 1915 (N. 1331) seine Ansicht dahin ausgesprochen, es könnten unter „ähnliche Dienste“ (oben Ziffer 1) in diesem Zusammenhang auch militärische Dienstleistungen im Frieden verstanden werden. Das Reichsversicherungsamt entschied am 12. Juli 1915 (Ha. K. 126/15) ebenfalls zugunsten der Wöchnerinnen und erklärte, daß man unter „ähnliche Dienste“ die Ableistung der gesetzlichen Dienstpflicht im Frieden zu verstehen habe. Die Kriegswochenhilfe sei deshalb zu leisten, wenn der nunmehrige Ehemann der Wöchnerin vor seinem Eintritt in das Heer — möge der Eintritt auch noch im Frieden erfolgt sein — die Forderung 2 erfüllt habe, also innerhalb 12 Monaten vor seinem Eintritt mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen gegen Krankheit reichsgesetzlich versichert gewesen sei.

Rohstofffragen der Textilindustrie.

Weltproduktion von Rohseide.

Nach einer Statistik der Züricher Seidenindustrie-Gesellschaft ist das Ergebnis der Welt-erzeugung von Rohseide das folgende:

	1913/14	1914/15	1915/16
	kg	kg	kg
Europa:			
Frankreich	350 000	400 000	130 000
Italien	3 540 000	4 060 000	2 880 000
Oesterreich-Ungarn	270 000	800 000	200 000
Spanien	80 000	70 000	50 000
Gesamt	4 240 000	4 830 000	3 260 000

Lebante und Zentralasien, Ausfuhr:	1913/14	1914/15	1915/16
	kg	kg	kg
Serbien, Bulg., Rumän.	140 000	130 000	100 000
Europäische Türkei	90 000	80 000	30 000
Griechenland und Kreta	190 000	150 000	80 000
Brussa	470 000	360 000	180 000
Syrien, Cypren	620 000	540 000	420 000
Kaukasus	400 000	850 000	140 000
Persten und Turkestan	490 000	160 000	100 000
Gesamt	2 840 000	1 800 000	1 050 000

Ostasien, Ausfuhr:	1913/14	1914/15	1915/16
	kg	kg	kg
China: Schanghai	4 664 000	3 160 000	4 344 000
Kanton	2 718 000	1 878 000	1 800 000
Japan: Yokohama	12 088 000	9 492 000	12 008 000
Indien; Brit. u. Franz. Ind.	120 000	50 000	90 000
Gesamt	19 590 000	14 580 000	18 240 000
Gesamt	26 170 000	21 210 000	22 550 000
Tussahseiden (Ausfuhr).	1 150 000	957 000	1 127 000

NB. Das Geschäftsjahr schließt in Schanghai Ende Mai, in Kanton Ende April und in Yokohama, in der Levante und in Europa Ende Juni ab.

Der Krieg hat der von Jahr zu Jahr steigenden Weltseidenenerzeugung Schranken gesetzt, und der Ertrag des Geschäftsjahrs 1914/15 war mit 21,2 Millionen Kilogramm nur nicht weniger als rund 5 Millionen Kilogramm oder 19 v. H. gegenüber der letzten Friedenserte 1913/14 zurückgegangen. Das abgelaufene Jahr 1915/16 weist nun mit 22,55 Millionen Kilogramm wieder etwas günstigere Verhältnisse auf, und zwar ausschließlich infolge der besonders starken Zufuhr ostasiatischer Seiden, die mit insgesamt 18,2 Millionen Kilogramm die Ziffer der letzten Friedensjahre annähernd wieder erreicht hat. Für Europa muß, nach dem erfreulich großen Ernteertrag des Jahres 1914 (4,6 Millionen Kilogramm), für 1915 mit nur 3,26 Millionen Kilogramm, wieder ein erheblicher Rückschlag festgestellt werden, und die lebantische und kleinasiatische Erzeugung und Ausfuhr weist mit 1,05 Millionen Kilogramm aus Gründen, die mit dem Krieg zusammenhängen, einen Ausfall auf, der gegenüber 1914/15 den Betrag von 750 000 Kilogramm erreicht. Zusammengefaßt steht einem Mehr in der Ausfuhr aus Ostasien von rund 3 1/2 Millionen Kilogramm, ein Weniger von rund 2,3 Millionen Kilogramm in der europäischen und lebantischen Erzeugung und Ausfuhr gegenüber, und es hat sich die Abhängigkeit von Ostasien für die Versorgung des Rohseidenmarktes neuerdings verstärkt.

Werden die Tussahseiden, deren Ausfuhr sich auf 1 127 000 Kilogramm belief, in die Berechnung eingezogen, so stellt sich das Ernte- und Ausfuhrergebnis für das Seidenjahr 1915/16 insgesamt auf 23 677 000 Kilogramm.

Von der Baumwollversorgung der Zukunft.

Man schreibt jetzt wieder von einer drohenden Baumwollnot in Europa. In England sollen sich schon Stimmen laut machen, welche bedeutende Mittel von der Regierung fordern, um den Baumwollanbau in den britischen Kolonien mehr als bisher zu fördern. Auch alle anderen europäischen Baumwollverbrauchenden Staaten werden genötigt sein, dieser brennenden Frage ihr Augenmerk zuzuwenden. Die Gefahr ist durch die gewaltige Steigerung des Baumwollverbrauchs von Seiten der Amerikaner hervorgerufen. Während man im Jahre 1913 in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nur rund 15 Millionen Baumwollspindeln zählte, besitzt das Land jetzt deren 33 Millionen, von denen allein 13 Millionen in den Südstaaten laufen, also nur 2 Millionen Spindeln weniger als im Jahre 1893 die Nord- und Süd-Staaten zusammen besaßen. Die Spindelzahl des Nordens ist im gleichen Zeitraum von 6 Millionen auf 20 Millionen gestiegen. Allein in den Südstaaten sollen gegenwärtig 259 000 Baumwollwebstühle laufen. Vor dem Krieg hat sich der Internationale Baumwollfabrikanten-Verband, dessen Leitung England in der Hand hatte, mit der Baumwollfrage beschäftigt, und Maßnahmen gegen die Baumwollnot getroffen. Ob dieser Verband nach dem Kriege seine Tätigkeit wieder aufnehmen wird, ist fraglich, so daß es vorläufig angezeigt erscheint, wenn die in Betracht kommenden übrigen Staaten die Sache selbst in die Hand nehmen.

C. T. I. Die Förderung der einheimischen Schafwollerzeugung und Schafwollverwertung.

Unter Vorsitz des Vorsitzenden des Vorstandes der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Rittergutsbesizers, Ritterchaftsdirektors Kammerherrn v. Freier, hielt der Ausschuß zur Förderung der einheimischen Schafwollerzeugung und Schafwollverwertung in Berlin seine erste Sitzung ab. Seitens der Landwirtschaft waren vertreten: die Sonderausschüsse für Merino- und Fleischschafzucht, der Verein der Merinozüchter, der Verband Süddeutscher Schäferbesitzer, ferner das Preussische Ministerium für Landwirtschaft, Do-

mänen und Forsten und das Kriegsministerium; von der Industrie: die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft, der Verein deutscher Wollkämmer und Kammgarnspinner, der Kriegsgarn- und Tuchverband, die Hauptstelle deutscher Streichgarnspinner, die Vereinigung deutscher Wollkammereien, Hannover, die Firmen Bartholomäus u. Söhne, Eichwege, und Joh. Friedr. Caspari, Großenhain.

Die sehr eingehende Verhandlung bezog sich hauptsächlich auf die Frage: Gibt es ein Mittel, um eine feste Höhe der Wollpreise auf längere Dauer zu sichern? Die persönlichen Ansichten der Ausschußmitglieder über die Mittel der Wollpreissicherung schieden sich, indem die Landwirtschaft und ein Teil der Industrie glaubt, daß eine feste Höhe der Wollpreise für die gesamte einheimische Schafschur nur dadurch möglich erscheint, daß das Reich den gesamten Wollertrag auf eine Reihe von Jahren übernimmt, die Wolle in gleicher Weise bewirtschaftet, wie das jetzt der Fall ist und denjenigen Industriellen in erster Linie zuweist, die für die Bedürfnisse des Reichs und der Bundesstaaten arbeiten. Demgegenüber neigte man andererseits der Ansicht zu, daß den Schafhaltern Staatsbeiträge (Prämien, Subventionen) nach gewisser Staffelung gewährt werden könnten.

Es wurde beschlossen, die Verhandlungsniederchrift der beteiligten Interessentenvereinigungen unter anderem dem Wirtschaftsausschuß der deutschen Wollindustrie zur Aufmerksamkeit zuzustellen und auf Grund dessen eine Denkschrift über die Förderung der einheimischen Schafzucht der Reichsregierung und den Regierungen der Bundesstaaten einzureichen. Entwurf einer solchen Denkschrift wird der nächsten Sitzung des Ausschusses vorgelegt werden.

Volkswohlfahrt.

Grütze nicht durchschlagen!

In manchen Kochbüchern, sogar Kriegs-Kochbüchern, findet sich die Anweisung, Suppen von Grütze oder Floeden durchzuschlagen. Dies widerspricht den Geboten der zweckmäßigsten und billigsten Ernährung genau so, wie das Kochen geschälter Kartoffeln, das jetzt geradezu verpönt sein sollte. Die in Hafer- und Gerstengrütze oder -floeden enthaltenen Kleieteile sind der nahrhafteste Teil des Kornes, weil am reichsten an Eiweiß und Nährsalzen. Sie fortzuwerfen und nur das ausgekochte Stärkemehl zu genießen, ist in der jetzigen fleischarmen Zeit doppelt verkehrt. Stärkemehl enthält unsere Kriegskost ohnehin genug, aber Eiweiß und Nährsalze weniger. Wessen Geschmack so verwöhnt ist, daß er kein Schrot verträgt, sollte schleunigst umlernen und er wird selber den größten Nutzen für seinen Körper davon haben. Ausnahmen wären höchstens bei Kranken und Säuglingen zu billigen.

Marg. Ehrlich.

Kriegswirtschaft.

Kriegsanleihezeichnungen der deutschen Textilindustrie.

Kriegsauschuß der Vereinigung Deutscher Zute-Großhändler, E. B., Berlin	1 225 000 Mk.
Verband Deutscher Kunstbaumwoll-Fabrikanten für sich und seine Mitglieder	833 000 "
Orient. Teppich Akt.-Ges., Berlin	600 000 "
Kulmbacher Spinnerei A.-G., Kulmbach	600 000 "
Gedr. Großmann G. m. b. H., Strombad	600 000 "
Buntweberei in Dörfles, Oberfranken	500 000 "
Rheinische Webefabrik A.-G. in Reerzen	470 000 "
Schlieper u. Engländer, Elberfeld	450 000 "
E. A. Delius u. Söhne, Seidenwarenfabrik, Bielefeld	350 000 "
Pongs Spinnereien und Webereien A.-G. in Odenkirchen	300 000 "
Mech. Weberei A.-G. vorm. Martin u. Co., Sorau Greve u. Güth, Weberei, Gütersloh	300 000 "
Felix Frank, Leicotagenfabrik, Chemnitz	200 000 "
Gedr. Buich, Wühlhausen i. Thür.	150 000 "
E. F. Jwanziger u. Söhne, Peterwaldau	130 000 "
Deutsche Korbhaarzwirnererei und Weberei, Kunert u. Niedebeer, Berlin-Preipzig	120 000 "
Mechanische Weberei Reinerz Hermann Gante	115 000 "
Kammgarnspinnerei i. M.-Glabach	100 000 "
J. Häufelung, Matten- und Kapoffabriken, Lambrecht (Pfalz)	100 000 "
Fr. Braselman u. Sohn, G. m. b. H., Bandfabrik, Schelm	100 000 "
E. Mayerfeld, Leinen- und Baumwollwaren, Frankfurt a. M.	100 000 "
Spinnerei Waldhausen	100 000 "
Germann Moos, Tricotfabriken, Budau	100 000 "
W. Fränkel, Strumpfwaren, Hamburg	100 000 "

Betriebsgewinne der Textil-Aktiengesellschaften.

Vogtländische Spitzenweberei A.-G., Plauen i. Vgl.

Man schreibt uns: Das Unternehmen verdiente 1915/16 316 777 Mk. (88 703 Mk.), Handlungsunkosten erforderten 100 257 Mk. (46 682 Mk.). Nach Abschreibungen von 50 209 Mk. (40 411 Mk.) ergibt sich ein Reingewinn von 168 236 Mk. (41 75 Mk.), aus dem je 10 000 Mk. der Reserve und Kriegreserve sowie 5000 Mk. dem Delfrederefonds zugeführt, 39 000 Mk. für Kriegssteuern zurückgestellt und 8 Proz. Dividende ausgeschüttet sowie 26 613 Mk. (1925 Mk.) vorgetragen werden sollen. Das 750 000 Mk. betragende Aktienkapital wird demnach seit der 1907 erfolgten Gründung zum erstenmal verzinzt. Nach dem Geschäftsbericht hielt der aus dem Vorjahre übernommene flotte Geschäftsgang auch im zweiten Kriegsgeschäftsjahre an und gestattete eine volle Ausnutzung des Betriebes. Die Herstellung der neu aufgenommenen Waren dehnte sich weiter aus und führte dem Unternehmen viele neue Verbindungen zu. Dank rechtzeitiger Verfügungen war es auch möglich, das ganze Jahr hindurch bis heute in gewissem Umfange die früheren Waren weiter herzustellen und dadurch dauernde Fühlung mit dem alten Kundenkreise zu behalten. Der Verwaltung war es möglich, einen großen Teil der alten Lagerbestände nutzbringend abzustößen. Die Unmöglichkeit, den Betrieb in den bisherigen Räumen jemals auszuwehnen, hat zur Inangriffnahme des Baues einer eigenen Fabrik und eines Verwaltungsgebäudes geführt, und zwar kann die Bestreitung sämtlicher Bau- und Grundstückskosten aus eigenen Mitteln erfolgen. Die Baulichkeiten werden sich den jetzigen Verhältnissen anpassen, doch gestattet das zur Verfügung stehende umfangreiche und vorteilhaft erworbene Grundstück

jederzeit eine erforderlich werdende Vergrößerung der Anlagen. In der Vermögensübersicht erscheinen u. a. Warenbestände mit 241 439 Mk. (254 874 Mk.), Außenstände mit 198 009 Mk. (145 800 Mk.), Bankguthaben mit 210 101 Mk. (121 576 Mk.) und Buchschulden mit 75 797 Mk. (54 123 Mk.).

Handelsfragen der Textilindustrie.

Die Geltaltung der mitteleuropäischen Textilwarenbörsen nach dem Kriege.

Der Krieg hat den Textilwarenbörsen in Mitteleuropa teils ein freiwilliges, teils ein unfreiwilliges Ende bereitet. In den beteiligten Kreisen finden nun schon jetzt Erwägungen darüber statt, ob und in welcher Form diese Börsen nach Friedensschluß ihre Tätigkeit wieder aufnehmen hätten. Die Textilwarenbörsen in Wien soll unverändert aufleben, auch die Trautenauer Flachs- und Garnbörsen wird, nachdem der Verkehr mit Ausland hergestellt, in der früheren Form weiterarbeiten können. Die Baumwollgarnbörsen in Wülflhausen im Elsaß wird jedenfalls erweitert werden, mit Rücksicht darauf, daß die Feingarnspinnerei in Deutschland größeren Umfang annehmen wird. Dasselbe gilt auch von der Stuttgarter Baumwoll-Garn- und Warenbörsen. Daß dieses auch bezüglich der Chemnitzer und Leipziger Garnbörsen der Fall sein wird, ist zweifellos. Der Baumwollbörsen in Bremen und dem Baumwollhandel in Hamburg erwachsen nach dem Kriege gewaltige Aufgaben, ihr Wirkungsbereich dürfte ein größerer werden. Die Landeshaute Flachs- und Leinengarnbörsen, die während des Krieges nicht geschlossen wurde, wird ihre Tätigkeit fortsetzen. Was die Wollbörsen anbelangt, so wird ihre Form und ihr Wirkungsbereich nach dem Kriege von Grund auf verändert werden.

Verkehrsfragen.

Mißstände im Eisenbahnverkehr beim Transport von Textilarbeitern.

Einer unserer Verbandsfunktionäre schreibt uns: Bei dem Früh- und Abendzug — zum Arbeitsort und nach dem Wohnort — ist stets „Kampfi“ an den Zugangstüren zur 4. Wagenklasse.

Als ich einmal in W ü n s h e n d o r f in einen noch leeren 4.-Klasse-Wagen in der Richtung nach Weida-Altsadt einsteigen wollte, beehrte mich ein sehr liebenswürdiger Schaffner: „Steigen Sie hier nicht ein, gehen Sie lieber in den anderen vollen Wagen.“

An der nächsten Station — Weida Schäf. Bahn — ging der Wagen 4. Klasse wieder leer ab. Ich fragte deshalb den Schaffner, warum unser Wagen überfüllt sei und leere Wagen spazieren gefahren würden? Rätselnd antwortete er: In Weida-Altsadt müssen Sie mal zum Fenster hinaus schauen, da werden Sie sich freuen, wenn Sie aus dem leeren Wagen nicht auszu steigen brauchen.“ Mein Reisezettel war nämlich Weida-Altsadt, allwo für die Beschäftigten aus der Zute Spinnerei und -weberei eine Besprechung anberaumt war.

In der Tat, ich war froh, aus einem vollen Wagen aussteigen zu dürfen, denn aus dem leeren Wagen wäre ich ganz hein nicht heraus gekommen, so groß war der Ansturm von Fahrgästen auf den 4.-Klasse-Wagen. Die Fahrgäste kamen direkt aus der Zute Fabrik. Jeder will sich einen Sitzplatz sichern, da wird alles Hindernis überannt.

Dieselben Beobachtungen habe ich u. a. in Chemnitz Nikolaibahnhof, in Reichwolframisdorf, Werdau gemacht.

Wenn möglich, suche ich mich doch in solche Wagen, wo Arbeitskräfte zum Arbeitsort befördert werden, mit hineinzu drängen. Die paar Pfüsse muß man mit in den Kauf nehmen. Ist der Zug in Fahrt, dann wird in der Regel einander das Leid aus dem Arbeitsverhältnis geklagt. Da kann man als stiller Zuhörer sehr viel erfahren, was man aus den betreffenden Fabriken wissen möchte.

Ist nicht genug Sitzgelegenheit vorhanden, dann ist es Aufgabe der Verwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, bei der Bahnverwaltung auf Abhilfe zu drängen. Es kann Abhilfe geschaffen werden, indem noch ein weiterer Wagen dem Zuge angehängt wird.

Kürzlich konnte ich, als der Frühzug aus Plauen in Greiz ankam, sehr bewegliche Klagen hören, die aussteigende Fahrgäste den Schaffnern vorgetragen haben. Bei einer Anzahl Klagen wurden gleich die Beweismittel — zerrissene Bermeljaden, Hautabreibungen — vorgezeigt.

Die Täter waren unter Textilarbeitern und Textilarbeiterinnen — besonders letztere — zu suchen, die sich ein Sitzplätzchen für Vergasichern wollten und dabei die Zeit nicht erwarten konnten, bis das Aussteigen in Greiz beendet war.

Die Schaffner hörten die Klagen mit an, suchten mit den Schultern, fertig.

Wann endlich wird man auch für die 4. Wagenklasse die „Stehplätze“ abschaffen?

Wir halten es für dringend geboten, diesen Zuständen ein Ende zu machen. Wenn das die Eisenbahnbehörden nicht sehen, dann müssen sie durch Eingaben darauf hingewiesen werden.

Vermischtes.

„Aus bestem Hause.“

Eine edle Seele annonciert im Kölner „Stadtanzeiger“: Junge, ausgewachsene, gutmütige, weibliche Kaze aus nur bestem Hause zu übernehmen event. zu kaufen gesucht. Größte Zimmer- und Saubereinheit Bedingung. Angebote unter B. D. 1120 an die Expedition.

Für Tiere „aus bestem Hause“ ist wohl auch die folgende Annonce im „Stadtanzeiger“ bestimmt:

Prima Hundesfutter, pro Pfund 60 Pf., bei 10 Pfund 55 Pf., Zentner 50 Mk. Näheres . . .

Mit der Lebensmittelknappheit in Deutschland scheint es doch noch nicht weit her zu sein, denn sonst würden wir wohl statt Hunde Schweine füttern. Auch Geld ist noch genug unter den Leuten, mindestens in den Kreisen, die 60 Pf. für ein Pfund Hundesfutter ausgeben können. Glücklicherweise ist die Ernährung der minderbemittelten Menschen anspruchslos.

Kriegsnotizen.

Kollege Wilhelm Rößel,

Mitglied unseres Vorstandes, ist, wie ein Regimentkamerad von ihm versicherte, seit dem 2. Oktober in rumänischer Gefangenschaft. Wir wünschen, daß er durch baldigen Friedensschluß davon erlöst werden möge und hoffen, daß er, ohne erheblichen Schaden an seiner Gesundheit genommen zu haben, in unsere Mitte zurückkehren wird.

Berichte aus Fachkreisen.

Nachen. Webstuhlstatistik aus der Nacheren Textilindustrie. Ende Juli 1916 hatten wir mit vieler Mühe eine ziemlich genaue und umfangreiche Statistik zusammengebracht. Die Arbeit umfaßte 54 Webereibetriebe und gab Aufschluß über die Zahl der Webstühle in den einzelnen Betrieben, über die Zahl der stillstehenden Stühle, an wieviel Stühlen Frauen und an wie vielen Männern arbeiteten, mit welchen Arbeiten die Webmaschinen belegt waren; ferner welcher Lohn für die Arbeiten gezahlt wurde. Weiter auch Art und Höhe von etwa gewährter Teuerungszulagen. Ueber die etwa gewährte Beihilfe an Familien, deren Ernährer zum Meeresdienst einberufen sind. Alles dies war nach Betrieben geordnet, so daß die Kollegen und Kolleginnen wertvolle Vergleiche daraus anstellen konnten. Die Arbeit wurde Anfang August an die Redaktion unseres Fachblattes eingesandt, wo sie, wie wir nachher erfahren, nicht eingegangen ist. Sie muß also bei der Post verlorengegangen sein. Es ist das um so viel verdrießlicher, als es sich um eine umfangreiche Arbeit handelte, an der viele Verbandskollegen mit Fleiß mitgearbeitet hatten. Von der abgegangenen Meinarbeit war, da es sich um eine Sonntagsarbeit handelte, die handschriftlich erfolgt war, eine Abschrift nicht vorhanden. Aus dem noch vorhandenen Fragebogenmaterial ließe sich wohl eine neue Zusammenstellung machen, worauf wir jedoch verzichten wollen, da sich an dem Gesamtbild mittlerweile vieles wieder geändert hat. Immerhin wollen wir die folgenden summarischen Ergebnisse der Arbeit hier noch nachtragen: Bei Kriegsausbruch im August 1914 wurden in der Nacheren Textilindustrie gezählt: 6849 männliche und 7888 weibliche Arbeiter, zusammen 14737 Arbeiter und Arbeiterinnen. Im August 1916, nach zwei Jahren Krieg, wurden gezählt: 2608 männliche und 4628 weibliche, zusammen 7231 Arbeiter und Arbeiterinnen oder 7506 weniger. In 54 Webereibetrieben wurden Ende Juli 1916 an vorhandenen Webmaschinen von uns 5030 gezählt; davon waren mit Arbeit belegt und in Tätigkeit 1974, es fanden demnach ohne Arbeit still: 3056 Maschinen. Von Frauen und Mädchen wurden von den 1974 Maschinen 924 bedient. Mit Zivilware waren von den 1974 Maschinen 104 belegt, an 1870 Maschinen wurde für Militäraufträge für Tuche und Dedes gearbeitet. An Lohn zahlten für die gleichartigen Militärtuche in Akord pro 1000 Schuh gemebten Maßes 9 Betriebe unter 12 Pf., 7 Betriebe 12—13 Pf., 6 Betriebe 13 1/2 Pf., 6 Betriebe 14—14 1/2 Pf., 9 Betriebe 15 Pf., und 3 Betriebe 16 Pf. Bei den übrigen war genaues nicht angegeben. — Das Gesamtbild hat sich seitdem in der Lohnfrage etwas durch die Kürzlichkeit der Verbandsvorstände verschoben. Ebenfalls sind die damals erfassten Angaben über Teuerungszulagen nicht mehr maßgebend, da mittlerweile durch Verhandlungen der Organisationsleiter mit dem Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Nachen und mit einer ganzen Reihe von Einzelbetrieben andere Ergebnisse erzielt worden sind.

Berlin. In der Generalversammlung am 19. Oktober 1916 wurde der Kassen- und Geschäftsbericht vom 3. Quartal 1916 gegeben. Den Kassenbericht gab Kollege Schein. Es war eine Einnahme von 7715,76 Mk. und eine Ausgabe von 3260,86 Mk. für die Hauptkasse und für die Lokalkasse 2081,44 Mk., so daß ein Bestand von 4454,32 Mk. verblieb, mit einem Minus von 207,84 Mk. gegen den Bestand des vorigen Quartals. Der Hauptkasse wurden 2581,31 Mk. überwiesen. Der Markenumfaß betrug im Quartal pro Mitglied 10,91 Mark. Der Markenumfaß in den 5 Beitragsklassen war: Klasse I gleich 0,05 Proz., Klasse II gleich 42,73 Proz., Klasse III gleich 17,94 Proz., Klasse IV gleich 10,73 Proz., Klasse V gleich 28,52 Proz. An Unterstützungen wurden 618,35 Mk. gezahlt, nämlich Unterstützung an Arbeitslose 155,70 Mk. Der Mitgliederbestand betrug 784 männliche und 678 weibliche, zusammen 1462 (ein Verlust von 5 Mitgliedern), 34 Mitglieder wurden eingezogen und 149 neu aufgenommen. Den Bericht vom Arbeitsnachweis gab Kollege Binzen. Die Zahl der Arbeitsuchenden betrug 84 Personen, die der gemeldeten Stellen 349. Die durch den Nachweis besetzten Stellen beliefen sich auf 59. Die hohe Zahl der gemeldeten Stellen ergab sich aus der Nachfrage nach Arbeitskräften nach auswärts, welche aber mit den hiesigen Löhnen nicht konform laufen, weshalb von diesen Angeboten wenig Gebrauch gemacht wurde. Im allgemeinen hat sich die Lage des Arbeitsmarktes etwas gebessert, es kommen im Reichsdurchschnitt auf jeden Arbeitsnachweis 97 Arbeitslose und 155 offene Stellen in Frage, mithin kommt unser Nachweis dem Reichsdurchschnitt gleich. Von den 83 Berliner Gewerkschaften waren am Schluß des Quartals 856 männliche und 627 weibliche Personen als arbeitslos gemeldet; ein Minus gegen das vorige Quartal von 508 Personen. Prozentual kommen auf jeden Verband 39 Arbeitslose. Zurzeit sind bei unserem Nachweis 18 männliche und 48 weibliche Arbeitslose eingeschrieben. Kollege Gruhl gab den Agitationsbericht. Es fanden statt: 1 Mitgliederversammlung, 15 Betriebs- und 5 Branchenversammlungen, 3 Sitzungen für Vertrauensmänner, 2 für Ausschüsse, 1 für die Tarifkommission und 15 sonstige Sitzungen, 5 Verhandlungen mit Behörden und 17 Verhandlungen mit Unternehmern. Es waren drei Lohnbewegungen, an denen 401 Arbeiterinnen beteiligt waren; sie erhielten eine wöchentliche Lohnerhöhung von 514,40 Mk. Der Geschäftsgang in den einzelnen Branchen war sehr verschieden. In der Teppichbranche wurden alle alten Restbestände aufgearbeitet, jetzt werden Schlafdecken und Sandjacks gemebt. Im Betrieb der Stralauer Jute ist eine Papiergarnfabrik eröffnet worden. In den Nähereien und chemischen Reinigungsanstalten war ein guter Geschäftsgang; es werden dort für gleichwertige Arbeiten ungleichmäßige Löhne gezahlt. In der Strickerei war der Geschäftsgang kein guter, ebenfalls in der Posamenten- und Dekaturbranche. Die Seilerbranche hatte einen dauernden guten Geschäftsgang, die Stickerbranche einen dauernden schlechten. Im allgemeinen war also der Geschäftsgang kein guter, trotzdem war ein Mangel an geübten und tüchtigen Arbeitskräften. In der Berufsberatung für Kriegsbeschädigte sind sechs unserer Kollegen tätig, die schon mehrfach an Beratungen teilnahmen, um die armen Kriegssopfer vor weiterem Schaden zu bewahren und sie durch Rat und Tat hilfreich zu unterstützen. Auch an der Kriegshinterbliebenenfürsorge der Stadt Berlin sind wir mit einer Vertretung beteiligt. Diese Einrichtung hat den Zweck, an die Kriegshinterbliebenen in besonderen Notfällen Ergänzungsleistungen zu gewähren. Unsere Kriegsteilnehmer und deren Familienangehörigen werden hiermit auf die für sie wichtige Einrichtung aufmerksam gemacht, um sie zu veranlassen, sich im Bedarfsfall an uns zu wenden. An unsere Mitglieder sind bis jetzt 41 Bezugscheine für Web- und Wickelwaren ausgeben worden, die Stadt Berlin hat unsere Geschäftsstelle als amtliche Prüfungsstelle bestätigt. Den Mitgliedern, die Berliner Bürger sind, ist hierdurch eine bedeutende Erleichterung beim Bezuge von Kleidung und Wäsche geboten. Es ist uns auch das Recht zugestanden worden, für die jugendlichen Familienangehörigen unserer Mitglieder Anträge zu stellen, um von den zwangsweisen Sparguthaben für Jugendliche unter 18 Jahren im Bedarfsfall vom Sparguthaben Summen zu erheben. Bekanntlich haben wir mit dem Arbeitgeber-

verband der Textilindustrie für Groß-Berlin eine Arbeitsgemeinschaft geschlossen; in der letzten Sitzung derselben wurde beschlossen, bei sämtlichen Gemeinden Groß-Berlins eine Erhöhung der Unterstützungsätze der Textilfürsorge zu beantragen, und zwar von 9 auf 11, von 13 auf 15, von 17 auf 20, von 20 auf 24 und von 25 auf 30 Pf. pro Stunde, und daß in außergewöhnlichen Notfällen eine Ergänzungsleistung gewährt wird. — Dann berichtete Kollege Gruhl von der Bamberger Reichskonferenz und deren Wirkungen. Zum Schluß gab er bekannt, daß die Redaktion unseres Fachblattes wegen der drohenden Zensurgefährdung eine vollständige Veröffentlichung unseres letzten Quartalsberichtes abgelehnt hat, namentlich den Teil des Berichtes getrichelt hat, der sich gegen die Schreibweise des „Textil-Arbeiters“ wendet. (Wir fügen noch hinzu, daß der Bericht auch Erwiderungen unsererseits notwendig gemacht hätte, die voraussichtlich zu Gegenerwiderungen geführt hätten. Kollege W. hatte schon 6 Blätter dazu geschrieben — er ging aber in die Ferien und übergab dem Koll. Kr. den Bericht mit seiner Entgegnung. Kollege Kr. meinte aber, er müßte selber noch viel dazu schreiben. Um darum herumzukommen und um auch Wageners Entgegnung nicht abdrucken zu brauchen, einigte er sich mit dem Verfasser des Berichtes, dem Kollegen Gruhl, auf die vorgenommenen Kürzungen. W.) — In der Diskussion sprach Kollege Schein zu diesen letzten Ausführungen und stellte die Behauptung auf, daß unser „Textil-Arbeiter“ im chauvinistischen Sinne redigiert werde. (Chauvinistisch hat den Sinn von übertriebenem Patriotismus und unbegründeter Feindschaft gegen andere Völker. Wir haben uns in diesem Sinne nie geäußert, sondern gerade solche Äußerungen aus den Reihen aller Völker zurückgewiesen, ohne aber in den Fehler zu verfallen, dabei selber chauvinistisch zu werden. Wir haben stets dem Frieden das Wort geredet, wo es uns am Platze erschien, d. h. ohne die Sache des Friedens zu gefährden. Dabei haben wir allerdings zu unserem Lande gestanden, wie die Arbeiterchaft der anderen Länder ja auch zu ihrem Lande steht. Wir sind den Kriegstreibern und Friedensgegnern aller Volkstämme und aller Länder stets mit Schärfe entgegengetreten, den Eroberern haben wir drüben, sind für die Rechte aller Völker in gleichem Maße eingetreten, damit allerdings auch für die Verteidigung der Rechte Deutschlands — wie es das ganze Volk, die ganze Arbeiterchaft zu Beginn des Krieges verlangte. Heute zeigt sich ja zwar in Arbeiterkreisen zuweilen eine andere Stimmung; sie würde aber sofort umschlagen, wenn feindliche Heere wieder ins Land kämen. Sollen wir denn aber auch unsere Ansichten, unsere Stimmung, unsere Äußerungen mit der Kriegslage wechseln? War man bei Kriegsbeginn allgemein der Meinung, daß wir in Deutschland etwas zu verteidigen hatten und war diese Meinung richtig — daß sie falsch wäre, hat damals niemand zu behaupten gewagt —, so ist das auch heute noch der Fall, und wir könnten nur eine andere Haltung einnehmen, sobald die Verteidigung sich in Angriff und Eroberungswacht wandelte, d. h., wenn die uns feindlichen Länder gern Frieden haben möchten, Deutschland ihn aber nicht gewähren wollte. D. R.) — Die ganze Angelegenheit soll ruhen bis zur Verbandsgeneralversammlung, in der die Redakteure Rechenschaft zu geben haben. — Kollege Schäfer sprach zur Berufsberatung und empfahl, eine genaue Statistik über die erzielten Erfolge zu führen. Er gab auch noch nähere Aufklärung über die Wichtigkeit der metrischen Garnnummernierung, namentlich, weil für unsere Textilindustrie nach dem Kriege keine gute Konjunktur zu erwarten sei. — In Anbetracht der vorgerückten Zeit wurde der zweite Punkt der Tagesordnung vertagt.

Lambrecht. „Sind die heutigen Unterstützungsätze noch zeitgemäß oder müssen wir Erhöhung derselben verlangen?“ So lautete die Tagesordnung der am 19. Oktober im Lokal von Claus stattgehabten Versammlung der vom Deutschen Textilarbeiterverband und vom Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands gemeinsam einberufenen Versammlung. Dieselbe wies einen sehr guten Besuch auf und mit großer Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer den beiden Rednern zum Thema. Als erster Redner sprach der Gauleiter G o s j a vom Deutschen Textilarbeiterverband. Er sprach sein Befremden darüber aus, daß die Lambrechter Arbeitsverhältnisse schlechter seien als die in manchen anderen Textilarbeiterorten, wo man bis jetzt so starke Betriebsbeschränkungen nicht kenne. Der Redner kam dann auf die Unterstützung zu sprechen, die mit Beginn der Lahmlegung der Betriebe eingeführt wurde. Es waren die in Augsburg aufgestellten und durchgeführten Sätze zur Grundlage genommen, die auch bis heute zur Auszahlung kommen. Jedoch sind die Lebensmittelpreise mit der Zeit so schnell in die Höhe gegangen, daß hätte ja die erstmalige Unterstützung nicht zum Lebensunterhalt gereicht, die heutigen Unterstützungsätze noch viel weniger zureichen. Von Seiten der Lambrechter Leitungen der beiden Verbände seien auch dieserhalb schon im Monat Juli Anregungen zu erhöhter Unterstützung gekommen, aber man konnte der Sache zu der Zeit nicht näher treten, da sogar Verschlechterungen drohten, die abzuwehren waren. Nachdem dies geschehen war, konnten nach vorangegangenen Konferenzen der beteiligten Organisationen neue Forderungen aufgestellt und eine diesbezügliche Eingabe an die Regierung gemacht werden. Bekanntlich haben solche Eingaben, die zugunsten der Arbeiter Verbesserungen bringen sollen, einen langamen Gang; im umgekehrten Falle werde die Sache viel rascher erledigt und zum Gesetz gemacht. Nach weiteren Verhandlungen kam man zu dem Entschluß der Selbsthilfe. Es sollten an allen maßgebenden Textilarbeiter Versammlungen abgehalten werden, um neue Unterstützungsätze aufzustellen und bei der Regierung zu beantragen. Die neuen Sätze sehen vor: pro Stunde für minderjährige Arbeiter und Arbeiterinnen bis zu 16 Jahren 14 Pf. (bisher 10 Pf.), für minderjährige Arbeiter über 16 Jahre 23 Pf. (bisher 17 Pf.), für minderjährige Arbeiterinnen über 16 Jahre 17 Pf. (bisher 13 Pf.), für volljährige ledige Arbeiter 26 Pf. (bisher 20 Pf.), für verheiratete Arbeiter 32 Pf. (bisher 24 Pf.), für ledige Arbeiterinnen 19 Pf. (bisher 15 Pf.), für verheiratete Arbeiterinnen 23 Pf. (bisher 18 Pf.); für jedes erwerbsfähige Kind unter 16 Jahren ohne eigene Unterstützung 4 Pf. (bisher 2 Pf.). Die aufgestellten Forderungen seien als Mindestsätze anzunehmen. Weiter soll eine Ernährungs- und Bekleidungsbeihilfe gefordert werden. Redner begründete diese Forderung ganz richtig damit, daß die oben angeführten Unterstützungsätze nicht einmal zum Lebensunterhalt reichten, viel weniger noch für andere Dinge, besonders jetzt, wo der Winter vor der Tür steht und Heizung gebraucht werde, da müsse man auch für warme Winterkleidung sorgen. Hier müßten Staat und Gemeinden eingreifen und Zuschüsse bereitstellen. Redner gab zu, daß die Zeit nicht dazu angetan sei, große Agitationsversammlungen abzuhalten, aber er glaube doch darauf hinweisen zu müssen, daß nur eine straffe Organisation Verbesserungen bringen könne; ohne die Organisation wären nicht einmal die Unterstützungen gekommen. Es solle keiner glauben, ohne den Verband etwas zu erreichen. Schwere Aufgaben ständen den Arbeitern noch bevor und da sei eine gut formierte Arbeiterschaft am Platze. Wer heute noch der Organisation fernstehe, solle das Gesagte heberzigen und nicht länger abseits bleiben. — Als zweiter Redner sprach der Gauleiter des christlichen Verbandes, Herr G e i e r - Augsburg. In warmen Worten gedachte derselbe unserer Fellgenossen, die unsere Heimat vor dem Eindringen des Feindes beschützen. Aber auch uns Dabeimgebliebenen muß die Möglichkeit des Durchhaltens gegeben sein und den Wiederkomern muß gehörig auf den Leib gerückt werden. Lange genug habe es gedauert, bis ein Kriegsernährungsamt geschaffen wurde, in dem auch die Arbeiter eine Vertretung hätten. Am Hand einer Statistik weist der Redner nach, daß mehrere Gesellschaften ihre Dividenden erhöhen konnten, auch in der Textilindustrie. Deshalb sei eine Erhöhung der Unterstützungsätze berechtigt. Im übrigen könne er nur die Ausführungen seines Vorredners in bezug auf die Organisation bekräftigen. Ein großes Werk ge-

beht nur durch Einigkeit, und nur in Einigkeit und Vereinigung sei man für spätere Kämpfe gerüstet. Beiden Referenten, denen man es anmerken konnte, daß es für sie eine Freude war, wieder einmal zu ihren Kollegen in so gutbefuchter Versammlung sprechen zu können, wurde für ihre vortrefflichen Ausführungen reicher Beifall gezollt. Die vorgeschlagenen Unterstützungssteigerungen wurden ohne Gegenerklärungen einstimmig gutgeheißen. — In der Aussprache wurde noch an der Anzahlung der Unterstützung bei der Firma Marx scharfe Kritik geübt. Trotzdem alle übrigen Fabriken an dem betreffenden Lohnstage zahlen, fühlt sich diese Firma nicht veranlaßt, das gleiche zu tun. Hoffentlich schließt sie sich bald der Praxis der anderen an.

Landeshut. Am 25. Oktober hielt die Filiale eine Mitgliederversammlung ab, die sehr gut besucht war. Das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Marie Rößel wurde in der üblichen Weise geehrt. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab an Einnahme einschließlich Kassenbestand vom 2. Quartal von 3368,37 Mk. eine Ausgabe von 3145,06 Mk., es verblieb ein Bestand auf neue Rechnung von 223,31 Mk. Die Richtigkeit wurde von den Revisoren bestätigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf hielt der Geschäftsführer, Kollege S c h o l z, einen zeitgemäßen Vortrag über Preisbildungen. Von einer Aussprache wurde Abstand genommen. Um so lebhafter gestaltete sich die Debatte über Uebelstände, besonders über die der Firma Schläpffe Textilarbeiter A.-G. bestehende. Wegen der abgelehnten Forderungen, die sich auf die Fürsorge bezogen, wurde beschlossen, durch eine Kommission, bestehend aus je 2 Personen aus jedem Betriebe, bei dem Vorstehenden vorstellig zu werden. In Sachen der Firma Schleifische Textilarbeiter A.-G. soll der Landrat nochmals aufgesucht werden, um zu erfahren, warum eine Verhandlung über die bestehenden Differenzen noch nicht stattgefunden hat. Die Versammlung nahm mit Entrüstung davon Kenntnis, daß für den Bezirk des 6. Armeekorps auch die Einführung des Spargzwanges für Jugendliche in Aussicht genommen ist. Selbst wenn die Jugendlichen der in der Textilindustrie Beschäftigten wegen ihres zu geringen Einkommens, das nicht einmal hinreicht, sich ausreichend nähren und kleiden zu können, kaum vom Spargzwang betroffen werden können, so trägt doch die Abnützung sehr viel dazu bei, neue begreifliche Erregung in die Bevölkerung zu tragen. Ungewöhnlich hohe Löhne, die jetzt während des Krieges verdient würden, veranlassen, heißt es, daß Gesundheit und Sittlichkeit zum Nachteile des Staates Schaden erleiden. Mit Recht wurde darauf verwiesen, daß die mangelhafte Ernährung viel größere Gefahren für den Staat in sich birgt. Hohe Löhne kämen in der Textilindustrie bei niemandem in Frage, im Gegenteil ständen die Löhne auf einer demotivierenden Stufe, daß vor allem eine dringende Pflicht für die Behörden vorliege, hier helfend einzugreifen. Bis jetzt hätten aber die von der Organisation unternehmen Schritte für Erhöhung der Löhne keine Unterstützung bei den Behörden gefunden. — Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Lauban. Textilarbeiterversammlung. Am 25. Oktober fand im Volkshaus eine gut besuchte Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand zunächst: „Die Antwort des Magistrats zu Lauban auf unsere Eingabe zur Gewerkschaftsfürsorge für den kommenden Winter“. Gauleiter Kollege F r i t s c h - Liegnitz sprach dazu in 1 1/2stündiger Rede. In dem Antwortschreiben war u. a. auch gesagt, daß einige Arbeitgeber das auf entfallende Gehälter nicht mehr zahlen wollen, auch ist der Befürchtung Ausdruck gegeben, die Textilarbeiter drückten sich vor ihnen angewiesener Landarbeit. Kollege Fritsch wies an Beispielen nach, daß dies nicht der Fall ist und die Textilarbeiter und -arbeiterinnen nur gezwungen die Landarbeit meiden, z. B. wenn sie infolge starker Durchnässung und Erkältung erkranken. In der Diskussion wurde Klage geführt, daß bei einer hiesigen Webereifirma einzelne Weber auf einem Stuhl, andere auf zwei Stühlen arbeiten, manche dagegen ganz fern müßten. — Es wurden mehrere Aufnahmen, vorgelesen.

Leobschütz (O.-Schl.). Emil Sandler gefallen! Mit ihm ist schon der vierte Vorstehende schlesischer Filialen gefallen. Um ihn trauern drei kleine Kinder und seine Frau. Obgleich er kränzlich und schon einmal nach Hause geschickt worden war, wurde er doch wieder eingezogen. Nun hat auch ihn, der so fest auf schwierigem Posten in Oberschlesien stand, das traurige Schicksal ereilt. Wir werden dem wackeren Kämpfer ein ehrendes Andenken bewahren!

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen. Vorstand.

Sonntag, den 5. November, ist der 45. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Gau 3. Nachen. V: Karl Möller, Kleinmarchiertstr. 66.

Cotenliste.

Gestorbene Mitglieder.

- Limbach i. Sa. Max Willy Künzel, Wirkereiarb., Kreuzschie, 22 J.
Lörard. Gustav Eichin, Lagner, 44 J.
Meerane. Lina Dähne, Weberin, 50 J., Lungenkrankheit.
Augsburg. Johann Frank, Kattunarbeiter, 31 J.
Burgstädt. Max Weber, Pader, 22 J. Kurt Schindler, Appreturarbeiter, 30 J. Oswald Neuter, S.-Zuschneider, 27 J.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

- Arno Neuter, Bicker, 36 J.
Artur Kühn, S.-Zuschneider, 20 J.
Delmenhorst. Heinrich Lange, 36 J.
Eisenberg (S.-A.). Willy Scholz, Weber, 20 J.
Glauchau. Otto Müller, 27 J.
Langenbielau. Wilhelm Schmidt, Weber, 38 J.
Leobschütz. Emil Sandler (Vorstehender der Filiale)
Lörard. Wilhelm Sütterlein, 28 J.
Meerane. Bruno Schneider, 38 J. Ernst Voigt, 28 J. Karl Waltherr, 33 J. Kurt Wiebner, 21 J.
Plauen i. V. Walter Schimmel, Spuler, 21 J. Willy Winkler, Sticker, 20 J. Otto Fichtelmann, Sticker, 33 J.
Pöfned. Eduard Högel.
Reichenbrand. Kurt Weiland, Rabenstein. Bruno Berthold, Rabenstein. Paul Fleischer, Reichenbrand.
Wittgenborf. Paul Rudolf Krenkel, Sandstuhlschneider, 22 J.

Ehre ihrem Andenken!

Privat-Anzeigen.

(Kostenbeitrag ist im voraus zu entrichten, widrigensfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen sucht bei freier Reise Chemische Fabrik Griesheim-Elektron Offenbach a. M. Meldungen zu richten an Städt. Arbeitsnachweis Weimar.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 4. November.

Berlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit * versehenen Artikel Hermann Kräbig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vornwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.